



## **Pressemitteilung zur Stellung des Jugendbeirates zum Bürgerbegehren für den Bau des Hallenbades**

In der Stadtverordnetenversammlung (SVV) vom 24.06.2020 wurde die Durchführung des Bürgerbegehrens zum Bau eines Hallenbads in Falkensee auf Antrag der Stadtverwaltung festgestellt und alle Dokumente infolgedessen zur weiteren Prüfung an die Kommunalaufsicht weitergeleitet. Vorweg möchten wir natürlich auch klarstellen, dass wir großen Respekt vor unseren Kolleg\*innen des Seniorenbeirates und allen Unterstützer\*innen haben, welche einen sehr großen Aufwand für dieses Bürgerbegehren betrieben haben und teilweise schon seit Jahren für ein Hallenbad in Falkensee kämpfen. Wie wir bereits während der letzten SVV mitgeteilt haben, erheben wir jedoch Bedenken zur Gültigkeit aller Unterschriften, da an der Gesamtschule Immanuel Kant nachweislich Unterschriften während des Unterrichts gesammelt worden sind.

*In § 4 (3) S.1 BbgSchulG heißt es „Die Schule ist zum Schutz der seelischen und körperlichen Unversehrtheit, der geistigen Freiheit und der Entfaltungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler verpflichtet.“ In § 47 (2) S.1 BbgSchulG wird dies wie folgend ergänzt „Politische Werbung in schulischen Veranstaltungen oder auf dem Schulgelände während des Schulbetriebs ist nicht zulässig.“  
Der Beutelsbacher Konsens aus dem Jahr 1976 mit seinen drei Prinzipien „Überwältigungsverbot“, „Kontroversität“ und „Schülerorientierung“ spielt hierbei auch eine wichtige Rolle.*

An der Gesamtschule Immanuel Kant wurden Listen zum Bürgerbegehren durch Lehrer\*innen mit den Worten „Hier soll ein Hallenbad gebaut werden, aber es wurde von den Stadtpolitikern abgelehnt. Den Grünen war es zu umweltschädlich und der CDU zu teuer.“ ausgeteilt und durch diese zum Unterschreiben aufgerufen. Uns ist dabei ein konkreter Fall bekannt, es kam jedoch wahrscheinlich zu mehreren Fällen. Die Vorgänge verstoßen deutlich gegen das brandenburgische Schulgesetz und den Beutelsbacher Konsens. Statt einer kritischen und reflektierten Auseinandersetzung mit dem Thema, dem Anhören verschiedener Meinungen und einer anschließenden Diskussion, in der die Schüler\*innen selbst eine Position beziehen konnten, wurde hier einseitig und unkritisch über das Bürgerbegehren „berichtet“. Auch wurde nicht etwa auf die Listen zum Sammeln der Unterschriften verwiesen, sondern wurden diese während des Unterrichts durch eine Lehrperson herumgereicht. Damit wurde klar gegen das Neutralitätsgebot verstoßen und Schüler\*innen das Unterschreiben der Liste aufgedrängt.

Auf Anfrage an das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBS) des Landes Brandenburg erhielten wir von dort, nach einer kurzen Schilderung des Vorfalls, eine Bestätigung, dass das Ministerium die Sachlage ähnlich einschätzt und unsere Auffassung in dieser Hinsicht teilt.

Als wir in der vergangenen SVV erneut darauf aufmerksam machten, wiegelte der Bürgermeister dies ab und erklärte, dass er die Rechtsauffassung des Ministeriums

Ansprechperson	Marius Miethig
Stellvertretung	Toni Gabriel Kissing
Schatzmeister	Andrijan Bär

E-Mail:	<a href="mailto:beirat@jugendforum-fks.de">beirat@jugendforum-fks.de</a>
Homepage:	<a href="http://www.jugendforum-fks.de/der-jugendbeirat/">www.jugendforum-fks.de/der-jugendbeirat/</a>



nicht teile. Im Hauptausschuss vom 13.05.2020 äußerte er außerdem, das Vorgehen sei „praktische politische Bildung“ und verwies auf Nachfrage der Zulässigkeit dieses Verfahrens lediglich darauf, dass die Verwaltung keinen Einfluss auf die Lehrer\*innen habe. Von Seiten des Fraktionsvorsitzenden der SPD wurde dem Jugendbeirat während der SVV dann vorgeworfen, dass er sich gegen Beteiligung und politische Diskussionen seitens der Schüler\*innen formiere. Er solle doch „froh sein, dass sich junge Menschen politisch äußern“ und „dies unterstützen.“

Solche Äußerungen zeigen deutlich, wie es um das Thema Jugendbeteiligung in Falkensee gestellt ist. Wenn Teile der SVV, zuvorderst die SPD, eine einseitige politische Beeinflussung als praktische politische Bildung verstehen, Schüler\*innen mit einer einseitig ausgestalteten Meinung zu einem Thema überrumpelt werden und somit an einer eigenen Meinungsbildung gehindert werden, dann sehen wir das als eine Bankrotterklärung gegenüber einer konsequenten Jugendbeteiligung in dieser Stadt an. Wenn anscheinend rechtswidrige Prozesse in einer Schule für ein politisches Vorhaben als Jugendbeteiligung abgestempelt werden, fragen wir uns, welche Chance wir mit unseren Vorstellungen einer echten Jugendbeteiligung in dieser Stadt haben.

Dem Jugendbeirat geht es um kritische Auseinandersetzung, vielfältige Diskussionen und Meinungen. Grundlage dafür ist eine umfangreiche, objektive und sachorientierte Information. Das Jugendforum hat beispielsweise zuletzt im Februar eine Diskussionsrunde mit Bürger\*innen und Stadtverordneten aus allen Fraktionen durchgeführt. Im Zuge der aktuellen Diskussionen könnten wir uns eine Veranstaltung zur möglichen Umsetzung eines Hallenbads in Falkensee an verschiedenen weiterführenden Schulen sehr gut vorstellen. Dabei sollte jedoch auf eine objektive Information der Schüler\*innen geachtet werden, sowie darauf, die Schüler\*innen nicht für eigene politische Ziele zu gewinnen.

*Aufgrund der gelaufenen Vorgänge werden wir die gesammelten Informationen nun zur Überprüfung an die brandenburgische Kommunalaufsicht weiterleiten, die mit der weiteren Prüfung des Bürgerbegehrens betraut ist.*

Ansprechperson	Marius Miethig
Stellvertretung	Toni Gabriel Kissing
Schatzmeister	Andrijan Bär

E-Mail:	<a href="mailto:beirat@jugendforum-fks.de">beirat@jugendforum-fks.de</a>
Homepage:	<a href="http://www.jugendforum-fks.de/der-jugendbeirat/">www.jugendforum-fks.de/der-jugendbeirat/</a>